



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstraße 11
10785 Berlin

Tel.: 030 590097-340
Fax: 030 590097-430

E-Mail: Joerg.Freese
@Landkreistag.de

AZ: V-428-20/3

Datum: 6.6.2025

Sekretariat: Ecenur Akbuga

Rundschreiben 298/2025

- Mitglieder des **Kulturausschusses**
- **Landesverbände**

des Deutschen Landkreistages

Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung

Bezugsrundsreiben Nr. 126/2025 vom 5.3.2025

Zusammenfassung

Als Vorbereitung einer möglichen weiteren Gesprächsrunde mit dem BMBFSFJ zur Umsetzung der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab August 2026 werden die Landesverbände um ergänzende Problembeschreibungen, soweit sie einer bundesweiten Regelung zugänglich sind, gebeten.

Mit dem Bezugsrundsreiben hatten wir über ein erstes Fachgespräch der Kommunalen Spitzenverbände mit dem damaligen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder informiert. Nunmehr ist das Thema der Ganztagsbetreuung, das bislang in zwei Ministerien ressortiert hatte, vollständig in das jetzige Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) übergegangen. Im Rahmen des Gesprächs am 27.2.2025 war auch verabredet worden, die Gesprächsrunde, geöffnet für alle Landesverbände der Kommunalen Spitzenverbände, erneut durchzuführen, wenn sich insoweit weiterer Gesprächsbedarf ergibt.

Um dies zu klären, haben wir mit dem Ministerium verabredet, dass wir eine entsprechende Themensammlung durchführen. Aufgrund der Diskussion im Kulturausschuss des DLT sowie weiterer an uns bilateral herangetragener Probleme gehen wir davon aus, dass insoweit folgende Themen gesetzt sind:

1. Ganztagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler an Förderschulen
2. Schülerbeförderung (soweit es hier bundesrechtliche Zuständigkeiten bspw. nach dem Personenbeförderungsgesetz gibt)
3. Auswirkungen des Ganztagsbetreuungsanspruchs auf Teilhabeassistenzen (bzw. entsprechende andere landesrechtliche Bezeichnungen dieser Tätigkeiten)

Im Hinblick auf die Thematik zu Nr. 1 haben wir mit dem BMBFSFJ vorab diskutiert, dass die genauen Problemlagen hier noch einer weiteren Vertiefung bedürfen, um zu klären, ob der Bund insoweit gesetzgeberisch tätig werden kann; oder ob es sich letztlich um auf Landesebene zu lösende Probleme geht. Daher bitten wir zu Nr. 1, aber auch zu den anderen genannten Themen um ergänzende Hinweise der Landesverbände.

Zudem bitten wir um Ergänzung dieser Liste um weitere Themen, die einer Erörterung mit dem BMBFSFJ bedürfen und die einer bundesrechtlichen Klärung zugänglich sind. Insoweit verweisen wir auch auf den mit dem Bezugsrundsreiben versandten Ergebnisvermerk mit den dort aufgeführten Themen.

Wir bitten um entsprechende Rückmeldungen **bis zum 11.07.2025**.

In Vertretung

Freese